

Danziger Volksstimme

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage — Bezugspreis: In Danzig bei freier Ausstellung ins Haus monatlich 20.— Mk., vierteljährlich 60.— Mk.

Redaktion: Am Spindhaus 6. — Telefon 720

Organ für die werktätige Bevölkerung
• • • • • der Freien Stadt Danzig • • • • •
Publicationsorgan der freien Gewerkschaften

Anzeigenpreis: Die Begegnung Zelle 5.— Mk., von auswärts 7.— Mk. Arbeitsmarkt u. Wohnungsangelegen nach bei Taxis, die Begegnung Reklamezelle 15.— Mk., von auswärts 20.— Mk. Bei Wiederholung Rabatt. Annahme bis früh 9 Uhr. — Postfachkonto Danzig 2945. Expedition: Am Spindhaus 6. — Telefon 3260.

Nr. 133

13. Jahrgang

Krise in Deutsch-Oesterreich.

Aus Wien wird gemeldet: An der Börse machte die Entwicklung der österreichischen Krone weitere geradezu katastrophale Fortschritte. Die fremden Zahlungsmittel wurden von Industrie und Handel zu Deckungszwecken in stürmischer Weise begehrte und schnellen, da die Großbanken die Ausgabe von fremden Valuten zeitweise ganz verweigerten und diese nur in spärlicher Weise vornahmen, zu noch nicht dagewesener Höhe empor. Es herrscht in hiesigen kaufmännischen Kreisen und im großen Publikum eine äußerst deprimente Stimmung, da sich die Ansicht immer mehr verbreitet, daß die Aussichten auf eine Riedithilfe auch jetzt noch nicht günstiger geworden sind. In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung hielt Bundeskanzler Seipel eine Rede, in der er erklärte, daß eine Besserung der Situation ohne äußere Hilfe nicht möglich sei. Er sagte, die Regierung habe sofort alles aufgewendet, um sich Klarheit über die Ursachen der neuerlichen Valutenhause zu verschaffen, und sie habe die Frage gründlich erworben, welche Gegenmaßregeln etwa getroffen werden könnten. Die Grundursache der ungünstigen Entwicklung der Kurse sei zweifellos darin zu sehen, daß die seit langer Zeit eingeleiteten Verhandlungen über eine ausreichende Riedithilfe seitens des Auslandes noch immer nicht zu dem erwarteten Ergebnis geführt hätten.

Im weiteren Verlauf der Sitzung des Nationalrates entwickelte Bundesminister für soziale Verwaltung Schmitz das im gestrigen Ministerrat genehmigte Programm, betreffend Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit. Diese Maßnahmen beziehen sich auf die Verwendung von Arbeitslosen in der Landwirtschaft. Der Minister verwies ferner auf das von der Regierung ausgearbeitete Bau- und Investitionsprogramm mit einem Kostenaufwand von 55 Milliarden und auf andere Pläne zur Schaffung von Arbeitsgelegenheiten für die Arbeitslosen und betonte, das Programm sei getragen von dem Gedanken, daß Arbeit besser sei als Geld. Schließlich stellte der Minister fest, daß die Zahl der eingetragenen Arbeitslosen seit Ende April 1922 um 44 000 auf 39 000 gesunken sei, doch sei diese Zahl noch immer vier mal so groß als die im Monat Mai des Vorjahres.

Die Zeuerung ist in den letzten Tagen wieder gewaltig gestiegen. Der Preis für ein Zweipfundbrot stieg von 960 auf 1400 Kronen, das Kindersleisch um abermals 1000 Kronen, auf über 7000 Kr. Die Arbeitslosenunterstützung wurde der Zeuerung wegen von täglich 940 auf 2400 Kronen erhöht.

In dieser verwinkelten Lage hat die stärkste Partei Deutschösterreichs, die Christlich-Soziale, überraschenderweise heute im Nationalrat den Antrag eingebracht, eine Verfassungsänderung vorzunehmen, nach der die Wahl des Bundespräsidenten durch allgemeine Volksabstimmung statt wie bisher durch das Parlament erfolgen soll. Der Bundespräsident soll dann die Regierung, die bisher gleichfalls vom Parlament gewählt wurde, einfach erneuern. Der Antrag wird damit begründet, daß möglicherweise durch außerparlamentarische Vorgänge die Tätigkeit des Nationalrates vorübergehend aufgehoben werden könnte und damit die Bildung einer legalen Regierung auf Grund der bisherigen verfassungsmäßigen Bestimmung unmöglich gemacht werde. Bei der Annahme dieses Antrages würde der gegenwärtige Bundespräsident Dr. Hainisch bestimmt zurücktreten. Die Sozialdemokraten und die Großdeutsche Partei werden dem Christlich-Sozialen Antrag selbstverständlich entschieden Widerstand entgegensetzen.

*

Das große Elend in Deutschösterreich führt davon her, daß die Entente ihm den Anschluß an Deutschland verbietet. Für sich allein ist Deutschösterreich ein lebensunfähiges Gebilde. Die Kredite der Entente lassen schon seit Jahren auf sich warten. Es ist daher zu verstehen, daß in Oesterreich der Anschlußgedanke, für den besonders die Sozialdemokratie eintritt, in der letzten Zeit wieder stark an Boden gewinnt. Bisher hat besonders Frankreich den Anschluß Deutschösterreichs an Deutschland hintertrieben, weil es davon eine militärische Erstarkung Deutschlands befürchtete, diese Furcht ist töricht, da weder die deutsche noch die starke österreichische Sozialdemokratie von einem neu-

deutschen Militarismus und einem Revanchekrieg eins wissen wollen. Die Vereinigung Deutschösterreichs mit dem deutschen Vaterlande muß aber kommen, weil sie eine Lebensnotwendigkeit für den deutschen Stamm an der Donau ist.

Die Reichsregierung gegen den Hindenburgrummel.

Das Reichskabinett hat in seiner gestrigen Sitzung über die Maßnahmen zu den Hindenburg-Veranstaltungen in Ostpreußen beraten. Es wurde beschlossen, mit Rücksicht auf die außenpolitischen Wirkungen die offizielle und inoffizielle Beteiligung von Reichswehr und Marine zu verbieten. Damit entfällt nach der Verordnung des Reichspräsidenten für die zum Tragen der Uniform berechtigten ehemaligen Offiziere der bewaffneten Macht die vom Wehrkreiskommando für den 10. und 11. Juni erlassene Erlaubnis zum Tragen der Uniform an diesen Tagen. Dieser Beschluß wurde, wie schon ausdrücklich betont, lediglich wegen der außenpolitischen Wirkung der Veranstaltungen gefasst und soll keine persönliche Spitz gegen Hindenburg sein.

Das Königsberger Gewerkschaftskartell ruft für den nächsten Sonntag zu einer Demonstration gegen die für diesen Tag aus Unlach der Anwesenheit Hindenburgs geplanten Kriegervereinsparaden auf.

Amerikas Pazifismus.

Eine Rede Childs.

Bei Gelegenheit der Einweihung des erweiterten Hafens von Palermo hielt der amerikanische Botschafter in Rom, Child, in Anwesenheit des Königs eine Rede, in der er u. a. sagte:

Worte werden die Welt nicht zu gesunden Zuständen zurückführen. Wir müssen uns auf die Verwirklichung und Vervollkommnung durch die Völker verlassen, die gemeinsam nach Frieden, Abrüstung und ausgleichenden freundschaftlichen Beziehungen verlangen, die ihren Ausdruck in gemeinsam unternommener Arbeit finden. Es ist oft gesagt worden, daß Amerika sich nicht von Europa abschließen kann, aber Amerika kann und will abgeschlossen bleiben von den zerstörerischen Mächten, wo sie auch immer auftreten und unter welcher politischen Maske sie erscheinen mögen. Diese Art der Isolierung ist nicht nur für Amerika gut. Lassen Sie mich daran erinnern, daß, wenn Amerika der Welt etwas zu bieten hat, das Beste, was ihm zur Verfügung steht, die Macht ist, die gegen zerstörerische Kräfte gebraucht werden kann. Und die Macht muß unversehrt erhalten werden, um die wahre aufbauende Tätigkeit der Menschheit zu unterstützen. Diese aufbauende Tätigkeit der Welt kann in freundschaftlichen Abmachungen von Nation zu Nation zum Ausdruck kommen, aber sie muß über geschriebene Verträge hinausgehoben werden.

Child spielte mit folgenden Worten auch auf die Verhandlungen des internationalen Anleihenauflusses an: Regierungen und Banken mögen Verhandlungen führen. Aber wie die Dinge heute liegen, muß in jedem Lande der Welt, das in einem anderen Lande Kapital anlegt, das Volk, der einzelne bereit sein, ausländische Papiere zu kaufen. Die Frage ist heute weniger eine staatsmännische. Die Frage ist vielmehr, wie die Kapitalbesitzer zu gewinnen und zu überzeugen sind. Es ist nicht allein erforderlich, daß führende Persönlichkeiten über die Verwirklichung internationaler Zusammenarbeit verhandeln, es ist auch nötig, daß das Volk in einem Staat an die Redlichkeit einer anderen Nation und an ihren Fleiß glaubt, wenn es die von ausländischen Regierungen oder ausländischen Unternehmungen angebotenen Schulverschreibungen kaufen soll.

Amerika gegen Frankreichs Starrsinn.

Nach einer Meldung des „New York Herald“ hat in der gestrigen Sitzung der Reparationskommission, in der die Antwort an den Anleihenausschuss beschlossen wurde, der nicht mit abstimmbare amerikanische Vertreter Boyden sich an der Diskussion beteiligt, indem er eine kurze Erklärung des Inhalts abgab, daß das amerikanische Publikum es ungern sehe würde, wenn der Anleihenausschuss bei der Prüfung der Reparationsfrage, wie er sie für nötig hält, in irgendeiner Weise behindert werde. Diese Erklärung scheint auf alle Kommissionsmitglieder Eindruck gemacht zu haben.

Kautsky zur Einigung.

In Breitsheids Zeitschrift „Der Sozialist“ veröffentlicht Kautsky einen längeren Aufsatz zur Einigungsfrage der USP. mit der SPD. in dem er seinen Parteigenossen, die absolut den eigenen Laden halten wollen, bittere Pillen zu schlucken gibt. Kautsky sagt, daß die Spaltung schon zu lange das Proletariat gelähmt habe. „Die Einigung muß unser Panzer sein, für sie muß der Kampf entbrennen. Nicht etwa für oder gegen Koalitionspolitik oder für oder gegen das Steuerkompromiß. Es gilt vielmehr zu zeigen, daß die Einigung über diesen Fragen steht, daß keine von ihnen so wichtig ist wie die Einigung, daß Meinungsverschiedenheiten über sie die Einigung nicht hindern dürfen. Wer die Einigung der beiden Parteien hindert, schließt bis alle Meinungsverschiedenheiten solcher Art zwischen ihnen verschwunden sind, der will sie für immer unmöglich machen. Und wir dürfen mit der Einigung nicht länger zögern.“

Dabei braucht niemand seine besonderen Ansichten über diese oder jene Frage zu ändern. Kautsky selber würde seine Anschauungen über Kriegskredite und Moskau nicht ändern. Aber die historischen Dinge hätten für die Gegenwart keine Bedeutung mehr. „Wenn wir jetzt die Einigung für Deutschland fordern, so fordern wir nur, daß das deutsche Parteileben wieder die Formen annimmt, die Marx überall für den Sieg des Proletariats heischt und die sich allenthalben bereits durchgesetzt haben und die Kraft der sozialistischen Bewegungen bilden, auch bei jenen Parteien, die der USP. am nächsten stehen. In den Parteien der Wiener Arbeitsgemeinschaft arbeiten „Reformisten“ und „Revolutionäre“ zusammen — wenn man diese Bezeichnungen noch weiter gebrauchen will, die mir seit der Revolution überholt erscheinen. In Oesterreich arbeiten Neuner und Ellensbogen in der gleichen Partei mit Fritz Adler und Otto Bauer, in der Schweiz Grimm und Greulich, in Frankreich Longuet und Renaudel. Und in Italien finden wir desgleichen Turati und Serrati in der gleichen Partei. Wir verlangen nichts, als was dort bereits vorhanden ist. Dieselben Gegensätze, die bei uns bestehen, finden sich auch in jenen Ländern. Aber zum Unterschied von uns führen sie dort nicht zur Bildung getrennter Organisationen, sondern werden innerhalb der gleichen Organisation ausgeschlossen.“

Zum Schluß resümiert dann Kautsky: „Es sind dieselben Proletarier bei der SPD. wie bei uns; sie leben in derselben Klassenlage, haben dieselben Interessen, die gleichen Gegner. Wer von uns daran zweifelt, sie bei voller Freiheit der Propaganda für seine Anschauungen zu gewinnen, befindet damit im Grunde nur einen Zweifel an der Güte seiner Sache oder an den Fähigkeiten seiner Person.“

Einzelne mögen ihren persönlichen Einfluss durch die Einigung verlieren. Die große gemeinsame Sache der Befreiung des Proletariats kann dadurch nur gewinnen. Gelingt es uns, mit der Parole der sofortigen Einigung Eindruck auf größere Teile der USP. zu erzielen, dann haben wir praktisch Wichtiges geleistet. Gelingt es uns nicht, dann ist wenigstens für mich die Konsequenz klar gegeben.

Für mich steht es fest: Die große Mehrheit der Mitglieder der USP. stellt wohl einen höchst wertvollen Teil der Gesamtarmee des deutschen Proletariats dar. Sie hat sich um dessen Befreiungskampf wohl verdient gemacht. Aber die Zeit ist vorbei, wo sie in dem Zustand der Abspaltung von der Gesamtpartei noch nützlich wirken könnte. Ihre isolierte Existenz kann unserer großen Sache nur noch schaden, nichts mehr nützen.“

Deutschlands Einnahmen und Schuldenlast.

Der „Vorwärts“ veröffentlicht eine Zusammenstellung der steuerlichen Einnahmen des Reiches im ersten Monat des Finanzjahrs April 1922 bis März 1923. Danach betragen die fortlaufendes Besitz- und Verkehrssteuern insgesamt 8 792 395 822 Mk., die Einnahmesteuern 139 667 178 Mk., das Aufkommen der Zölle und Verbrauchssteuern beträgt 3 373 747 721, die sonstigen Abgaben beziffern sich auf 887 815 091 Mark, die Gesamtsumme der steuerlichen Einnahmen hat die Höhe von 13 193 125 812 Mark. Die Reichspost- und Telegraphenverwaltung hat 1 327 176 589 Mk., die Verwaltung der deutschen Reichsbahnen 8 997 291 000 Mk. vereinnahmt. Der Stand der schwierenden Schuld wird am 31. Mai 1922 mit 299 801 Milliarden Mark ausgewiesen.

Freitag, den 9. Juni 1922

Größen von gestern.

Ende des 19. Jahrhunderts.

Die Kreise, zu denen die Wörter Gräberfeld und Schwedt, die zahlreichen Altenländer auf Kuer, der Blaukäferfelsberg auf Schleswig, jüngst, vertraten in Groß-Schendelbörnischen Dörfern. Unvergessen hat diese Weltgemeinschaft psychologische Begründung. So fügte die Mägde, so hinterhaltig ist auch der von ihnen verehrte Meister. Als Groß-Schendelbörn den größten und blutigsten aller Kriege der Weltgeschichte verloren hatte, flog er lächelnd wie der Karlskirchenprinz im Jahre 1848 als Vorsitzender Reichsrat verurteilt und mit blauer Brille bewaffnet, auf dem Rücken nach Schweden. Warum sollte er auch nicht, da sein Vater, Vater und Sohn, in ähnlicher Weise das Dolenzpanier ergriffen hatten? Von Schweden aus bedankte er sich für die Unmündigkeit des deutschen Volkes dadurch, daß er den Kapp-Putsch mit organisierte. Nunmehr wenn es mutig wurde, verabschiedete der tapfere Mann, der struppellos Hunderttausende deutscher Soldaten in den Tod schickte, jedem an irgendeinem sicherem Ort. Durch Völker und Zeitungskarikatüren versuchte er dann, vom sichereren Verherrn aus, das von ihm aufgrund eigener Vaterland zu verhindern und den Kreis des deutschen Volkes, moralisch und materiell, zu untergraben. Und zwar gegen gute Bezahlung in ausländischer Wahrung. So schrieb er Artikel für deutschfeindliche Blätter in Südafrika, verbündete er Verleumdungen der deutschen Republik im Auslande.

Der "Vorwärts" drückte am Sonntag das Fassmitle einer englischen Zeitung ab, in der sich neben einem Artikel eines gewissen Vovat Krauer mit der schreitenden Nebenschrift: "Warum Frankreich recht hat. Deutschland muß in diesem Monat zahlen oder die Konsequenzen tragen", ein Artikel Sudendorffs befindet. "Deutschland muß wieder einen Kaiser haben. Monarchie und Disziplin sind unbedingt erforderlich. Von General Sudendorff.

Das Blatt, in welchem dieser Artikel erscheint, ist der "Sunday Pictorial" vom 14. Mai 1922, eines der übelsten Northcliffeblätter, welches im Interesse Frankreichs täglich Deutschland anpöbelt. In solchen Zeitungen verleumdet Erich Sudendorff das Deutsche Reich, von dem er sich eine hohe Pension zahlen läßt, für all das Unglück, welches er über dieses Land gebracht hat. Aber das Sündengeld der deutschen Republik scheint ihm nicht zu genügen, und deshalb verkauft er sich an die deutschfeindliche englische Presse, die in Sterling-Pfunden die Bestimmungsumperei belohnt.

Man stelle sich einmal so einen ähnlichen Fall nach dem Kriege von 1870/71 vor: General MacMahon hätte nach dem Zusammenschluß Frankreichs in der Berliner "Kreuzzeitung" für deutsche Welt einen Artikel geschrieben, daß die Republik in Frankreich gestürzt und Napoleon III. wiederkommen müßte. Einen solchen gesinnungslosen Franzosen oder Engländer oder Spanielen hat es nie gegeben. Lediglich die griechische Mythologie spricht von einem gewissen Terstes, der sich im trojanischen Kriege ähnlich so benommen haben soll, wie Erich Sudendorff. Der Trojanische Krieg ist aber Sage und Erich Sudendorffs Streiche sind Tatsachen.

Mit welcher Verachtung müssen die Ententenösterreicher auf solche Gesinnungslosigkeit blicken, die für Geld jeder Gemeinheit fähig ist. Und solch ein Kerl verschafft obendrein noch das ehrliche Journalistendienst.

Wahre Worte.

Der "neue Kurs" in Rußland ist gekennzeichnet dadurch, daß das Privaat-eigentum die Grundlage des "Wie der aufbaues" bildet. Rußland hat sich bereits verpflichtet, nicht nur keine umstürzlerische Tätigkeit zu entfalten, sondern dieselbe in ihren eigenen Sektionen zu unterbinden, "weil wir den kapitalistischen Handel gebrauchen, der sich — selbst wenn es gelänge, ihn gewaltig zu unterbrechen — doch durchsetzen wird". (Lenin auf dem 11. Kongreß der KPdR.) Der 3. Internationale, als einem Werkzeug der russischen Regierung, erwähnt nur die Aufgabe, den Marsch vom revolutionären Lager ins konterrevolutionäre Lager mit dem nötigen Tamtam zu decken. Unter der Maske der "Hilfsaktion" wurde ein beträchtlicher Teil des Rückzuges bereits durchgeführt. Doch hat man diese Walze — trotzdem für die

worauf Gott das Seidengebete noch nicht vorhanden ist und die Katastrophen noch zu verhindern droht — bereits zu den "Alten" gelegt. Ein neuer Kurs ist ausgestattet. Erneut ist es um die Weltgemeinschaft gekommen. Was die alte Partei anbietet, ist der Krieg ein doppelter, schwerer, der sie die Weltgemeinschaft zerstört. Die "Ante-Sabotage" und die Rache des Kapp-Putschisten somit ganz oben, daß sie nicht mehr kommt. Und auch die 2. und 3. mit der 1. Internationale einen "Weltarbeiterkongreß" abhalten. Der "Weltarbeiterkongreß" steht vor auch nicht das Ziel der Klassen. Das BDI der Klassen steht auch Aussicht von Weltarbeiterkongreß, um ganz unzulässig im Augenblick eben zur Unmöglichkeit zu machen. Denkt mit dem Moment, wo ein solcher Weltarbeiterkongreß zusammentritt, war die Weltarbeiterkongreß die einzige positive Arbeit die auf diesem Kongreß geleistet werden könnte, und damit vor dem Gesamtproletariat der ganze Schwindel entlarvt und dazu durfte es nicht kommen.

Der Kommunismus der 3. Internationale ist weiter nichts als eine Spekulation auf die Unmündigkeit der Proletarier.

So wortlich in der neuesten Nummer der "A. U. Z." zu lesen, dem Centralorgan der Kommunistischen Arbeiterpartei.

Die kommunistische Internationale rüttelt die französische kommunistische Partei.

In der Sitzung der Executive der Kommunistischen Internationale erklärte Trotski Bericht über die Zustände in der französischen kommunistischen Partei. Trotski erklärte, die Partei sei von der bürgerlichen Atmosphäre vergiftet und lege größeren Wert auf die Beziehungen zu den Syndikalisten, als auf die Wahrung ihrer Ideen. In der Frage der proletarischen Einheitsfront gingen die Führer der Partei mit der Mehrheit gegen die Linke. Auf Trotskis Bericht hin wurde beschlossen, an die französische kommunistische Partei die Forderung einer radikalen Änderung ihrer Politik, eines Bruches mit der Rechten und einer strengen Bevollung der Vorschriften der Kommunistischen Internationale zu richten.

Sozialistische Erfolge bei den ungarischen Stichwahlen.

Nach einer Meldung aus Budapest über die Stichwahlen haben die Sozialdemokraten große Erfolge erzielt. Sie erhielten in Budapest weit über 100 000 Stimmen und werden in der künftigen Nationalversammlung nach der Regierungspartei die stärkste Fraktion mit etwa 20 Sitzen sein. In Debrecen ist der Legitimist Graf Julius Andrássy gegenüber einem Sozialdemokraten in der Stichwahl unterlegen. Graf Andrássy wurde aber in Budapest zum Abgeordneten gewählt. Da der Sozialdemokrat Julius Károlyi, der in Budapest und Szeged in gewählt wurde, auf das Budapest-Mandat verzichtet, gelangt als nächster sozialdemokratischer Kandidat Frau Anna Rehly als einziger weiblicher Abgeordneter in die neue Nationalversammlung.

Deutsch-polnische Maßnahmen gegen den Terror in Oberschlesien.

Vertreter sämtlicher deutschen und polnischen Arbeiter- und Angestelltenorganisationen Oberschlesiens haben in Gemeinschaft mit Vertretern des Arbeitgeberverbandes beschlossen, gemeinsam gegen die Gewalttaten unverantwortlicher Elemente vorzugehen, durch die das Wirtschaftsleben ausschwerter gefährdet wird. Der Arbeitgeberverband und die Hünkerkommission werden am Sonnabend mit der Internationalen Kommission in Oppeln gemeinsam über die Bekämpfung des Terrors verhandeln.

Englische Truppen gegen irische Freischärler.

Ungefähr drei Bataillone britischer Truppen, unterstützt von Artillerie und Fliegern, begannen die Stadt Belleekam (County Down, Ulster), die letzte Woche

hingen sie herab. Sie trümmerten von Siegen, denen sie nicht mehr vorangetauscht wie ihre süßlichen Brüder. Vielleicht trümmerten sie auch von der Stunde, da sie zum letzten Male über der Gruft des gefallenen Führers gehangen hatten. Bannenreihen hatten sie gebläht, Augen hatten sie verwundet, der Jubel der Soldaten, der Fluch des leidenden Volkes hatte sie getroffen. Sie waren in fester Mannessauft über fremde Länder und Meere getragen worden. Sie waren das Symbol und der Halt erregter, siebender Menschen gewesen. Sie hatten gelebt und konnten nun gut hier ruhig verrotten und zugrunde gehen.

Aber wo waren seine Fahnen? Welche Siege hatte er denn erobert? Hatte er denn überhaupt gelebt? Wie viel war das Leben ihm doch schuldig geblieben! Er lehnte sich an das Geländer der Treppe, die zur Kanzel emporführte.

Es war nutzlos, darüber nachzudenken. Die Romantik dieser Stadt hatte ihn betäubt und verwirrt. Sie hatte, das Leben in bunten, trunken Farben gemalt, das Leben, das doch grau in grau war und das aus Zahlen und Abziffern bestand. Es hatte ihn in die Höhe gerissen, in Seiten, wo er sich auf der Erde hätte im Gleitschritt über müssen. Die Stadt hatte Schuld ...

Hermann setzte sich auf eine Stufe der Kanzeltreppe. Alles war dumm und grenzenlos widersprüchsvoll und ohne Hoffnung. Ohne Hoffnung? Wenn ihn eine Liebe, so ganz aus aller Seele, mit aller Hingabe liebte, würde alles gut werden. Und plötzlich sah er ganz deutlich Fräulein vor sich, ihre schone Gestalt, ihren leichten und doch sicherem Schritt, ihr junges, ernstes Gesicht.

Ein riesiger Stoss gegen sie überkam ihn. Auch sie glaubte nicht an ihn. Warum will sie ihn aus, wenn er zu ihr kam? Warum erschrak sie, wenn er zu ihr sprach? Er meinte es doch nicht böse mit ihr. Warum . . . liebte . . . sie . . . ihn nicht?

Herrne wollte er sie fragen und in ihre Hände die Wagschale legen. Vielleicht würde noch alles gut. Sein Leben lag in Trümmern, ja, aber ihr Dasein war das Mondlicht, das darüber schien. Wehe, wenn es dunkel wurde!

Er schlug die Hände vor das Gesicht. Plötzlich hörte er Stimmen neben sich. Er hatte sie eigentlich schon längere Zeit gehört; erst jetzt war er sich ihrer bewußt geworden. Es waren bekannte Stimmen. Sprach da nicht Rothar und nun Thea? Warum sprachen sie nur so erregt? Verwirrt blickte er um sich.

Hermann stand auf. Er ging in das Seitenschiff, t. wo die alten zerstörten Fahnen wehten. Dunkel und schwer

von Feuerkülden des Kreishauses eingenommen wurde, zu umzingeln. Nach Artilleriebeschleunigung wurde die Stadt von den britischen Truppen genommen.

Internationale Arbeiterolidarität.

Das Bureau des internationalen Gewerkschaftsbundes stellte zugunsten der Opfer des Unglücks von Blumau 10 Millionen Kronen zur Verfügung, die den Arbeitern bzw. ihren Angehörigen durch die Vermittlung der österreichischen Gewerkschaften überwiesen werden sollen.

Reaktionäre Hebe gegen Ebert.

Die sogenannte "Nationalsozialistische deutsche Arbeiterpartei" in Bayern, die der allerdings kein Arbeiter gehört, sondern die eine nationalistisch-antisemitische Partei ist, erläutert einen flammenden Protest gegen den bevorstehenden Besuch des Reichspräsidenten Ebert in München. Diese "Nationalsozialisten" fordern, daß der Besuch des Herrn Ebert in München unterbleibt, nennen den Besuch eine "ungeheure Provokation" und kündigen "die schärfsten Unterstüzungskundgebungen" an.

Nachejusiz gegen die Streiführer der Eisenbahnen.

Wie dem Berliner Tageblatt aus Magdeburg gemeldet wird, wurden die Magdeburger Hauptföhre im Eisenbahnerstreit, Eisenbahnoberingenieur Heinemann, Eisenbahnaßistent Heibrock und Lokomotivföhre Stapel wegen systematischer Streithebe zu Dienstentlassung ohne Pension verurteilt. Außerdem wurden ihnen die Kosten des Verfahrens auferlegt.

Bernerteile Offiziersbündler.

Vor dem Kriegsgericht der Rheinarmee in Mainz hatten sich 17 ehemalige aktive deutsche Offiziere, sämtlich in Wiesbaden wohnhaft, zu verantworten, weil sie als Mitglieder der Ortsgruppe Wiesbaden des Deutschen Offiziersbundes entgegen einer Verordnung der interalliierten Rheinlandkommission im besetzten deutschen Rheingebiet einer Organisation angehört haben sollen, die direkt oder indirekt mit dem deutschen Kriegsministerium oder anderen militärischen Dienststellen in Verbindung stehen. Das Gericht verurteilte nach 5 stündiger Verhandlung den Major Georg Jürgen als verantwortlichen Leiter zu drei Monaten Gefängnis und 5000 Mark Geldstrafe, den Oberleutnant Heinrich Graf in contumaciam zu 4 Monaten Gefängnis und 5000 Mark Geldstrafe, die übrigen Angeklagten zu je 9000 Mark Geldstrafe.

Für die Versorgung der Großstädte mit Lebensmitteln

Die Berliner Stadtverordnetenversammlung hat gestern mit Unterstützung des Zentrums folgende sozialistischen Anträge angenommen: Erstens, den Magistrat zu ersuchen, sich mit den Reichsstellen in Verbindung zu setzen, um auf die Notwendigkeit der Beibehaltung des Umlageverfahrens für Getreide hinzuweisen. Zweitens, den Abschluß von Lieferungsverträgen von Kartoffeln herbeizuführen und Maßnahmen zu treffen, die das Auftaufen der Kartoffeln nach der Ernte verhindern. Drittens, die Reichsregierung zu ersuchen, die Zwangswirtschaft für Brot wieder einzuführen.

Abänderungen in der Angestellten-Versicherung. Der Reichstag hat ein Notgesetz über die Angestellten-Versicherung verabschiedet. Die versicherungspflichtige Grenze ist auf 100 000 Mark erhöht worden. Die Beitragssätze sind folgende: bis 30 000 Mark jährliches Einkommen die bis 100 000 Mark jährliche Beitragssatz, über 30 000—50 000 Mark 60 Mark 60 Mark monatlicher Beitrag, über 50 000—75 000 Mark 80 Mark monatlicher Beitrag, über 75 000—100 000 Mark 110 Mark monatlicher Beitrag.

Die Schwester und der Freund standen dicht an dem verschwörten Pfeiler, der die Karzel trug. Er wollte sich erheben und sie begrüßen, aber etwas hielt ihn zurück und gab ihm nicht die Kraft zum Aufstehen.

Und nun sagte Rothar: "Es wäre doch besser gewesen, dein Verlobter wäre mitgekommen."

"Nein, nein," sagte Thea leidenschaftlich. "So ist es besser. Was sollte er hier? Siehst du das nicht ein? Siehst du nicht, daß es so sein mußte, daß er nicht abkommen?"

"Mühig, Thea, ruhig!"

"Nein, ich kann nicht ruhig sein. Das ist mehr, als man von einem Menschen verlangen kann."

Hermann hörte erregt zu. Was war seiner Schwester? Sitzt sie auch — sie auch? Waren sie alle zum Leiden und nur zum Leid verurteilt? Er hatte sich so lange nicht um Thea gekümmert, jetzt tat es ihm leid. Wie fremd gingen sie doch alle nebeneinander her . . .

"Ich liebe dich doch, Rothar," sagte Thea schluchzend, "du weißt es doch. Wie kannst du mich nur so leiden lassen!"

"Ich hätte es dir gern erspart. Aber —"

Sie bittelte: "Ich will ja nicht viel: ich will ihn ja auch heiraten, ich will ihn nicht auch noch unglücklich machen. Ich bin auch viel zu schwach dazu, um mich loszureißen."

"Was willst du dann, Thea?"

"Rothar! Gib mir eine Stunde, daß ich froh sein kann mein Leben lang. Du hast mich doch einmal geführt vor Jahren. Also mußt du mich doch einmal geliebt haben."

"Das ist lange her, Thea. Es ist viel dazwischen gekommen."

"Ja, ich weiß, ich weiß. Ich bin ja schuld. Ich weiß auch nicht, wo ich die Zeit über gewesen bin. Mir ist alles so unbegreiflich, daß ich nach dir . . . nach dir . . ." Nun weinte sie, daß man ihre Worte nicht mehr hörte.

"Still, Thea, nicht weinen! Ich bitte dich."

"Ich, es ist ja alles gleich . . . Weißt du, daß ich zu dir flüchten wollte, kurz nach dieser Verlobung?"

"Thea!"

"Ich war schon auf dem Bahnhof und war fertig mit allem. So stebe ich dich. Was hättest du getan, Rothar, wenn ich gekommen wäre?"

"Ich hätte dich wieder zurückbringen müssen, Thea."

(Fortsetzung folgt.)

Beilage der Danziger Volksstimme

Nr. 138

Freitag, den 9. Juni 1922

18. Jahrgang

Der beschlussfähige Volkstag.

Nach längstes Sitzungssitzes trat der Volkstag gestern nachmittag wieder zusammen. Der Beginn der Sitzung verzögerte sich. Erst um 14 Uhr konnte Präsident Dr. Voening die Sitzung eröffnen. Danach wurde eine Reihe von Eingaben nach den Vorschlägen der Ausschüsse verabschiedet.

Eingabe des Gesäßes BfK und Sonst:
wegen Amnestierung seiner mehrjährigen Buchhausstrafe war vom Rechtsausschuss zurückgewiesen worden. Der Ausschuss empfahl der Vollversammlung, diesem Beschluss beizutreten.

Abg. Pietzner (U. S. P.) bat, die Eingabe noch einmal an den Rechtsausschuss zurückzugeben. Ob, der wegen eines Delikts in Mittelrussland in Boppot zu mehrjähriger Buchhausstrafe verurteilt worden ist, hat wiederholt gebeten, seine Tat als eine politische anzusehen, die dann unter die Amnestie fallen würde. Der Senat habe nur 1 Jahr der Strafe erlassen. Der Rechtsausschuss solle sich noch einmal mit der Angelegenheit beschäftigen und sie aus der Welt schaffen.

Abg. Dr. Neumann (Dr. P.) entgegnete daß die Tat kein politisches Verbrechen sei und deshalb könne auch nicht amnestiert werden. Er empfahl die Zurückweisung der Eingabe.

Abg. Mähn (R.) trat für nochmalige Ausschusseratung der Eingabe ein. Wenn der Rechtsausschuss auch früher eine Amnestierung abgelehnt habe so kann er bei nochmaliger Prüfung der Sache jetzt zu der Überzeugung kommen, daß doch ein politisches Verbrechen vorliegt. Zu berücksichtigen sei auch, daß die Familie des U. sich in größter Not befindet.

Der Antrag auf nochmalige Ausschusseratung der Eingabe wurde vom Bürgerblock abgelehnt, der dann auch beschloß, die Eingabe des U. zurückzuweisen.

In einer Eingabe der Arbeitslosen:
wurde Erhöhung der Bezüge und einmalige Teuerungsbezüge verlangt. Der Soziale Ausschuss hat beschlossen, diese Eingabe dem Senat zur Erwähnung zu überweisen.

Abg. Gen. Alojowski trat dafür ein, daß die Eingabe dem Senat zur Erwähnung überwiesen wird. Die Arbeitslosen erhalten pro Tag 18 Mark und geringe Familienzulagen. Die in der Eingabe geforderte 50prozentige Erhöhung der Unterstützungsätze und die einmalige Teuerungszulage könnten unbedenklich gewährt werden, da die Zahl der Arbeitslosen stark gesunken sei. Die Erwerbslosen leiden besonders stark unter der Teuerung. Nebner rüttete einen Appell an das soziale Gewissen der Abgeordneten und bat, die ungeheure Notlage zu lindern.

Der Antrag Alojowski auf Berücksichtigung der Eingabe, wurde von der klerikalen Mehrheit abgelehnt, auch die Zentrumsarbeiter stimmten für Ablehnung des Antrages. Der Antrag des Ausschusses, die Eingabe dem Senat zur Erwähnung zu überweisen, wurde angenommen.

Der Gesetzentwurf betr. Änderung des Gewerbesteuergesetzes und des Kaufmannsgerichtsgesetzes wurde ohne Aussprache dem Rechtsausschuss überwiesen.

Alsdann stand der Gesetzentwurf betr. Erhöhung des Senats zur Feststellung der Beendigung des Kriegsstandes zur Beratung.

Abg. Mähn (R.) erklärte, daß die kommunistische Fraktion diesen Gesetzentwurf ablehnen werde. Sie könne dem Senat kein Verordnungsrecht zustimmen. Nebner beantragte, zur Klärung verschiedener Fragen, die Rückverweisung der Vorlage an den Ausschuss. Der Antrag wurde abgelehnt und das Gesetz in 8. Sitzung verabschiedet.

Nunmehr beschäftigte sich das Haus mit dem Gesetzentwurf betr. Ausführung des Artikels 170 des Danziger-polnischen Abkommens vom 24. Oktober 1921 (Flaggenrecht der Schiffe).

Abg. Dr. Panecki (Pole) hatte Bedenken gegen den § 2 der Vorlage, der dem Senat das Recht gibt, Entzettelungen des Registriergerichts über Registrierung von Schiffen, welche die Danziger Flagge führen dürfen, abzuändern. Darauf wurde die Pariser Konvention zwischen Danzig und Polen übergangen.

Abg. Gen. Müller wandte sich ebenfalls gegen diese Bestimmung die mit dem Zweck der Vorlage nichts zu tun habe. Ersther habe das Registriergericht endgültig über das Flaggenrecht entschieden. Wenn jetzt der Senat, eine Verwaltungsbehörde, Entscheidungen des Registriergerichts umwerfen kann, so ist das ein Eingriff in die Rechtsordnung. Die Sozialdemokratische Fraktion werde deshalb gegen den § 2 stimmen.

Senator Dr. Frank erwiderte daß der § 2 nur Anwendung finden solle, wenn die Entscheidung des Registriergerichts in Widerspruch mit der Danziger-polnischen Konvention stehe. Um eutl. Einsprüchen der polnischen Regierung vorzubeugen, will der Senat das Recht haben, Entscheidungen, die im Gegensatz zur Konvention stehen, abzuändern.

Abg. Gen. Müller erklärte, daß man in solchen Fällen erst den Einspruch Polens abwarten solle. Es ist in einem Rechtsstaat ein Unding, daß eine richterliche Entscheidung von Amts wegen abgeändert werden kann.

Das Gesetz wurde unverändert in dritter Lesung beschlossen.

Der Gesetzentwurf über die

Errichtung eines Amtsgerichts in Neuteich:
wurde ohne Aussprache in dritter Lesung mit 59 gegen 26 Stimmen bei 4 Stimmenthaltungen angenommen. Bei der Abstimmung über die Entschließung des Rechtsausschusses, nach der der Senat die Zuteilung der Orte der Rechtsordnung östlich der Weichsel zum Amtsgerichtsbezirk Tegelhof zu Erwähnung ziehen soll, war das Ergebnis zweiteilig. Die Abstimmung mußte deshalb durch Hammelsprung wiederholt werden. Die Auszählung ergab die Beschlußfähigkeit des Hauses, da nur 59 Stimmen abgegeben wurden. Die Linke hatte sich an der Abstimmung nicht beteiligt. Der amtierende Präsident Dr. Voening vertagte, zum Wohlvergnügen der Rechten, die sich wahrscheinlich auf eine Dauerstzung vor-

bereitet hatte, um 15 Uhr die Sitzung auf Freitag nachmittag 8 Uhr. Auf der Tagesordnung der verlegten Sitzung standen noch die Wohnungszabgabe, die Handelskammer und die Umsatz- und Zugangssteuer.

Danziger Nachrichten.

Die Bauarbeiter im Streik!

In der am gestrigen Tage stattgefundenen Versammlung des Deutschen Bauarbeiterverbandes im Café Derra, die des starken Besuchs wegen im Garten abgehalten werden mußte, sprach Großes Brill über die vom Arbeitgeberverband auf Befehl des Senats erzielte Ablehnung des Schiedsspruches. Der Redner gab noch einmal einen Überblick über die Verhandlungen mit den Unternehmern und vor dem Tarifamt. Die Vertreter der Unternehmer haben heftig und mutig gestritten. Für sie war die Hauptfrage, soweit möglich die Forderungen zum Tarifvertrag abzuwehren und man merkte es ihnen nach Fällung des Schiedsspruches zum Tarifvertrag an, daß sie bestreitigt waren und nun Ruhe und Frieden im Baugewerbe erhalten bleben würden. Als dann am nächsten Tage über die Höhe verhandelt wurde, war von den Arbeitnehmern die alte Forderung gestellt, die schon vor einem Jahr erhoben wurde, daß die Danziger Bauarbeiter mit den Wohnen der Städte im Felde gleichgestellt werden, mit denen sie früher in gleicher Wohnhöhe gestanden haben. Die Forderung war also nicht neu. Die Unternehmer haben diese Forderung im vorigen Jahr auch bereits im Prinzip anerkannt und immer mit der Begründung abgelehnt, daß sie nicht mit einem Male durchzuführen, sondern müsse langsam geschehen. Der Verband hatte dem unparteiischen Vorsitzenden des Tarifamtes eine Ausstellung derjenigen Städte, mit denen Danzig früher gleichstand, mit den dort zuletzt gezahlten Wohnen überreicht. Als der Vorsitzende die Vertreter der Unternehmer fragte, ob sie die Mächtigkeit der Ausstellung in allen Angaben anerkennen, bejahten die Unternehmer die Fragen. Auch der dort festgestellte Durchschnittslohn wurde von den Unternehmern anerkannt. Es galt nun zunächst, die Spanne zwischen den hiesigen und den festgestellten Durchschnittsöhnen im Felde durch eine Lohn erhöhung auszugleichen. Dann mußte die Zulage für Juni erfolgen und dazu hatte der Bauarbeiterverband ein Schreiben seines Verbandsvorstandes über die neu vereinbarten Löhne für Juni in Deutschland dem Tarifamt bekanntgegeben. Über die Höhe dieser Zulage wurde beim Tarifamt heftig gestritten. Der Vorschlag des Unparteiischen auf 50prozentige Lohn erhöhung wurde schließlich festgelegt und ohne jeden Widerspruch zuerst von den Unternehmernvertretern gelesen und dann von den Arbeitnehmervertretern unterschrieben.

Nach Bekanntgabe dieses Spruches dankte der Vorsitzende des Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe, Herr Icholsky, noch dem Vorsitzenden des Tarifamtes für seine Arbeit und Mühewaltung und sprach die Hoffnung aus, daß die Arbeiter den Spruch anerkennen möchten und dadurch der Frieden im Baugewerbe gesichert sei.

Durch alles dieses mußte man annehmen, daß der Spruch von den Unternehmern angenommen werden würde. Andernfalls wäre die Haltung der Unternehmer vor dem Tarifamt nur Komödie gewesen. Die Unternehmer des Baugewerbes darüber besteht kein Zweifel, hätten den Schiedsspruch angenommen, wenn nicht einige Großindustrielle und der Senat die Ablehnung gefordert hätten. In drei Versammlungen beschäftigten sich die Unternehmer mit dem Schiedsspruch und kamen erst dann zu der Ablehnung, als ihnen von den Großindustriellen und dem Senat Hilfe in diesem Kampfe zugesagt wurde. Man will, um die Forderung der Bauarbeiter abzumürgen, andere Betriebe aussperren, um dadurch die Bauarbeiter in die Knie zu zwingen, als ob sich dadurch die Bauarbeiter einschüchtern ließen. Zum ersten Male im gewerkschaftlichen Leben fordert die Regierung eine Partei auf, den Schiedsspruch nicht anzuerkennen, das charakterisiert diese von selbst. Man erklärt, wenn der Arbeiter den deutschen Lohn bekommen, dann wollen alle anderen Arbeiter ebenfalls den deutschen Lohn haben. Diese dreimal geheiligten "deutschen" Männer fliehen sich also in Danzig deutsche Kultur einzuführen. Aber nicht nur die Handarbeiter, sondern auch die Beamten und Angestellten würden dann Lohnaufbesserungen verlangen und das könne die Freie Stadt Danzig nicht ertragen. Da die Beamten und staatlichen Angestellten aber schon längst deutsche Gehälter bekommen, würden sie auf Grund der Bauarbeiterlohnzulage keine Lohnzulage fordern.

Im Steuerausschuß des Volkstages erklären die Vertreter des Senats, kamen von den Arbeitnehmervertretern gegen die hohen Steuern protestiert wird: Die Steuern brauchen wir, zur Lohnaufbesserung haben Sie ja die Gewerkschaften. Nun, wo eine Gewerkschaft höhere Löhne durchsetzt, kommt die gleiche Regierung her und verbietet den Unternehmern, die Lohn erhöhung zu zahlen. Es gibt für die Bauarbeiter zwei Wege, um aus dieser Situation herauszukommen und zwar: erstens, daß noch einmal verhandelt wird — als der Redner dieses erwähnt, wird er durch starke Zwischenrufe unterbrochen — oder der Streik. Dieser sei hart und bitter. Sollte er beschlossen werden, so müssen sich die Bauarbeiter auf einen langen Kampf einrichten, ja, vielleicht, daß er in diesem Jahr überhaupt nicht beendet wird. Darum werden die Maurer Danzig verlassen müssen und in Deutschland Arbeit aufzunehmen, wo Schätzende Maurer und Zimmerleute gebraucht werden und die dortigen Unternehmer sich freuen, Maurer zu bekommen. Sollte der Streik beschlossen werden, dann müsse er sofort beginnen, damit Herr Nos und andere ihre Betriebe bald schließen können.

In der Aussprache betonte ein Kollege aus Pommern, daß sich die Danziger Kapitalisten täuschen, wenn sie glauben, daß die pommerschen Arbeiter ihren Danziger Kollegen in den Rücken fallen werden. Sind die Arbeiter auch

durch Grenzwähle getrennt, so werden sie sich unterstehen, denn der Sieg der Danziger Kollegen ist auch der Sieg der pommerschen.

In der Abstimmung wurden 1860 Stimmen abgegeben. Es stimmten 1084 für den sofortigen Streik, 28 dagegen, 8 Abstimmung waren ungültig und 4 Mitglieder enthielten sich der Stimme.

Nach Bekanntgabe dieses Stimmenresultats erklärte Brill, daß von morgen, Freitag, früh die Arbeit auf allen Hochbauten im Wohngebiet Danzig-Stadt eingestellt wird und sich die Streitenden in den Bezirkshäfen zur Kontrolle zu melden haben. Die Bauarbeiter haben die Pflicht, den ihnen aufgesetzten Kampf nun mit allen zu Gewalt stehenden Mitteln siegreich durchzuführen.

Die gleichfalls in Boppot und Oktava stattgefundenen Versammlungen des Deutschen Bauarbeiterverbandes haben ebenso einstimmig wie in Danzig, den Streik beschlossen. Seit heute früh ruht demzufolge im gesamten Baugewerbe die Arbeit.

Wie die "Danziger Zeitung" erfahren haben will, soll Aussicht auf Aufnahme von Verhandlungen bestehen. Man rechnet nach dieser Quelle sogar damit, daß die Verhandlungen zu einer baldigen friedlichen Lösung führen. Den am Streik beteiligten freien Gewerkschaften ist bis zur Stunde über irgendeine Verhandlungsbasis nichts mitgeteilt.

Die Reinigung der Großen Allee soll in Zukunft durch die Stadt erfolgen. Die Notwendigkeit dieser Maßnahme hat sich besonders im letzten Winter gezeigt, wo die Verfestigung von Schnee vollkommen versagte. Der Senat beantragt bei der Stadtverordnetenversammlung dieses Plan zu gestimmen und zur einmaligen Beschaffung von Reinigungsgeräten 10 000 Mark zu bewilligen.

Die Entlohnung der Lehrlinge.

In normalen Zeiten gab es über die Entschädigung der Handwerkslehrlinge keinen Streit. Entweder zahlten die Eltern der Lehrlinge ein Lehrgehalt von etwa 200 bis 300 Mk., wofür dann der Lehrling vom Meister und Logis genommen wurde, oder der Lehrling bekam eine geringe, für die gesamte Dauer der Lehrzeit einheitlich bemessene nach den einzelnen Lehrjahren abgestufte Entschädigung als Kosten. Infolge der Kriegswahlungen wurde das Kosten- und Logiswesen von den Meistern zum größten Teil aufgegeben und statt dessen allgemein eine geringe Entschädigung von den verschiedenen Innungen festgesetzt. Meist mußten die Frauen der im Felde stehenden Väter während der Kriegszeit die Lehrverträge abschließen, wobei hinsichtlich der Entschädigung die Lehrmeister ihre Interessen nur zu gut zu wahren wußten.

So bildeten sich infolge der zunehmenden Geldentwertung schreitende Missstände heraus, da die biederer Handwerkmeister auf ihren Schein bestanden und keinen Pfennig mehr zahlen wollten, als bei Abschluß des Lehrvertrages unter ganz anderen Geldverhältnissen vereinbart war. Die Gewerkschaften mußten sich mehr als bisher ins Mittel legen und dafür sorgen, daß die Entschädigung etwas erhöht wurde. Nirgends aber sind die oft nur Lehrlinge haltenden Handwerkmeister empfindlicher als in diesem Punkte. Sie wissen, daß, wenn erst einmal die Gewerkschaften dahinter stehen, die Lehrlingsentschädigung der steigenden Teuerung folgen und gleich den Gehilfenlöhnen von Zeit zu Zeit nominal erhöht, der gestiegerten Geldentwertung angepaßt werden muß.

Eine tarifliche Regelung liegt sowohl im Interesse des Handwerks, wie in dem der Gewerkschaften. Die Gewerkschaften müssen unter allen Umständen verhindern, daß die allzu billigen Arbeitskräfte der Lehrlinge den Meistern einen Anreiz bieten, nur Gehilfen, anstatt Gehilfen zu beschäftigen. Aber auch der anständigere Teil der Handwerkmeister hat einen Anspruch darauf, mit den übrigen nicht auf gleicher Stufe gestellt zu werden. Verschiedene Handwerkergruppen bestimmen die Bebrüder geradezu mit Klagen über Mangel an Lehrlingen und fordern Abhilfe. Am liebsten wäre ihnen die Auslieferung der Waisenkinder. Bei den Praktiken der Handwerkmeister ist es heute vielen Eltern einfach unmöglich, ihre Söhne auf drei oder vier Jahre in die Lehre zu geben, sie ohne jede nennenswerte Beihilfe zu ernähren und zu kleiden, nur damit das "Handwerk" billige Arbeitskräfte hat.

Die Frage der Lehrlingsentschädigung muß notwendigerweise im Zusammenhang mit all den Fragen betrachtet werden, die die ganze veraltete Verfassung des Lehrlingswesens aufgeworfen hat. Krampfhaft klammert man sich an den Begriff des Lehrlingsverhältnisses als "Erziehungsverhältnis", um so gegen alle Einwendungen geschützt zu sein. Der Lehrling sei kein Arbeiter, sein Arbeitsverhältnis ein Erziehungsverhältnis, in das niemand außer den unmittelbar beteiligten Eltern und Handwerkmeistern hineinzutreden habe. Ein geradezu typischer Fall wird jetzt dazu benutzt, um zu zeigen, daß die Regelung der Lehrlingsentschädigung durch Tarifvertrag gezielt unzulässig sei.

Im Januar 1919 wurde mit einem Bäckermeister ein Lehrvertrag abgeschlossen, mit einer Lehrzeit vom 15. März 1918 bis zum 15. März 1921. Vereinbart war für das erste Lehrjahr ein Wochenlohn von 1 Mark, für das zweite Lehrjahr ein solcher von 2 Mark und für das dritte Lehrjahr ein solcher von 4 Mark. Unter Berufung auf einen für allgemeinverbindlich erklärten Nachtrag vom 9. Dezember 1919 zu einem Tarifvertrag für den Bäcker gewerbe, wonach für Bäckerlehrlinge ein Wochenlohn von 15 Mark im zweiten Lehrjahr und von 15 Mark im dritten Lehrjahr festgesetzt wurde, forderten die Eltern des Lehrlings die Nachzahlung der Differenz zwischen der tariflichen Entschädigung und der im Lehrvertrag vereinbarten. Die Bäckerei nahm sich dieses Falles an, und es ist ihr gelungen, eine lektinstanzliche Ent-

Danziger Nachrichten.

Eine Verdoppelung der Krankenhauskosten wird vom Senat bei der Stadtvorordnetenversammlung beantragt. Die täglichen Kopf- und Verpflegungskosten sollen um 100 Prozent erhöht und wie folgt festgesetzt werden: 1. Klasse: Einheimische 200 Mk., Auswärtige 300 Mk.; 2. Klasse: Einheimische 120 Mk., Auswärtige 175 Mk.; 3. Klasse: Einheimische Selbstzahler 60 Mk., einheimische Kinder 25 Mk. (stehen 10 Mk.), auswärtige Selbstzahler 100 Mk., auswärtige Kinder 45 Mk. Berufsgenossenschaften usw. 100 Mk., bestige Krankenkassen 60 Mk. Städt. Wohlfahrtsamt für Erwachsene 60 Mk., für Kinder 25 Mk. Gesundheitsamt 100 Mk. Die Kosten für Väter usw. werden ebenfalls verdoppelt. Bemerkenswert ist dabei die starke Steigerung der Verpflegungskosten für Kinder von 10 auf 25 Mk.

In der Begründung der Vorlage durch den Senat wird ausgeführt, daß bei Belbehaltung der zurzeit geltenden Kursätze im Rechnungsjahr 1922 ein Aufschuß von 10,8 Millionen Mark notwendig werde. Die zurzeit geltenden Kostensätze ständen in keinem Verhältnis zu den Selbstkosten des Krankenhauses, die sich zurzeit in der 1. Klasse auf 108,80 Mk., in der 2. Klasse auf 148,85 Mk. und in der 3. Klasse auf 112,80 Mk. für den Kopf- und Verpflegungstag bestießen. Durch die vorgeschlagene Erhöhung der Sätze würde sich eine Mehreinnahme von 64 Millionen Mark ergeben. Der Aufschuß würde dann etwa 12,9 Millionen Mark betragen.

Weiter verlangt der Senat die Ermächtigung, die Krankenhaussätze allmonatlich nach der Leuerungsziffer festzusetzen zu können. Die eingangs genannten Zahlen sollen als Grundbeträge gelten. Allmonatlich sollen dann die Leuerungsziffern für die im Krankenhaus vorwiegend gebrauchten Lebensbedürfnisse (zurzeit Kohlen, Lebensmittel, Textilwaren, Arznei- und Verbandsmittel) festgesetzt und danach die Krankenhaussätze festgesetzt werden.

Säumige Arbeitgeber.

Die Unterlassung der Anmeldung der Fortbildungsschulpflichtigen.

Im Anzeigenteil unserer Zeitung weist der Senat auf die Erlassungen für die Handwerker- und Fortbildungsschule für männliche und weibliche Personen) und damit auf die für die Arbeitgeber bestehende Verpflichtung zur Anmeldung der fortbildungsschulpflichtigen männlichen und weiblichen Jugend innerhalb 8 Tagen hin. Von der Schulleitung werden wir gebeten, darauf hinzuweisen, daß gegenüber dieser Verpflichtung bei zahlreichen Arbeitgebern eine gewisse Gleichgültigkeit besteht. Wenn derartige Unterlassungen nach Monaten aufgedeckt werden, wird namentlich von den vielen neuen Firmen am Ort Unkenntnis des Gesetzes vorgesetzt; insbesondere wird auch darauf hingewiesen, daß es sich um keinen Lehrling, sondern um einen Lauf- oder Arbeitsburschen handelt. Man sucht sich ferner damit zu entschuldigen, daß die Leute nur auf Probe oder zur Rücksicht angenommen seien oder daß sie schon von andern Arbeitgebern beschäftigt würden und darum auch schon angemeldet sein müßten; oder es wird die Schuld auf die schulpflichtigen Jungen und Mädchen geschoben, die sich nicht angemeldet haben, trotzdem sie den Auftrag dazu hatten. Demgegenüber sei darauf hingewiesen, daß nach den Vorschriften des Gesetzes und Entscheidungen höchster Gerichtshöfe die Schulpflicht auch besteht, wenn die Annahme nur auf Probe oder zur Rücksicht erfolgte. Die Anmeldung muß erfolgen, gleichviel, ob es sich um einen Lehrling oder um einen Lauf- oder Arbeitsburschen handelt. Sodann besteht die Verpflichtung zur Anmeldung für jeden Arbeitgeber. Selbstverständlich kann er die schulpflichtigen Leute damit beauftragen, jedoch muß er sich dann auch vergewissern, ob die Anmeldung auch tatsächlich gemacht wurde. Die Vorbrüche liefern dazu eine sehr bequeme Handhabe. Andere Arbeitgeber ent-

schuldigen sich damit, daß sie glaubten, die Schüler (Schülerkunst) wären nicht zum Schulbesuch verpflichtet, weil sie die Mittelschule durchgemacht hätten oder bis zur Untersekunda der höheren Schule gekommen wären. Demgegenüber muß betont werden, daß vom Besuch einer Berufsschule und Fachschule auch nicht einmal das frühere „Einschlag-Gefürtwilligen-Beugnis“ bestellt. Nur bei bestimmten Voraussetzungen, über die die Erlassungen nähere Bestimmungen enthalten, können vom Fortbildungsschulbesuch befreit werden.

Polnische Freistaat-Sorgen.

Die polnische Fraktion des Volkstages hat folgende große Anfrage eingerichtet:

In Nr. 127 der „Danziger Allgemeinen Zeitung“ vom 1. Juni d. J. wird mitgeteilt, daß der Vizepräsident des Danziger Senats in einer öffentlichen Ansprache vor dem Rathause in Marienburg dem Feldmarschall Hindenburg gegenüber unter anderem zum Schluß folgende Worte gesagt hat: „Wir warten auf den Augenblick, wo wir wieder zu unserem Vaterlande gehören werden. Das Ew. Exzellenz zu sagen, ist der Grund, der uns hierherführt.“

Der Senat wird um Auskunft ersucht:

1. ob diese Worte tatsächlich gesprochen worden sind,
2. ob dieses mit Billigung des Senats geschehen ist,
3. welche Schritte der Senat diesem gegenüber auf Umsturz der Danziger Verfassung abzielenden Vergehens eines seiner Mitglieder zu tun gedacht?

Dr. Panek,

und die übrigen Mitglieder der poln. Fraktion.

Wenn wir auch die Beteiligung des Danziger Senats an dem Hindenburg-Rummel entschieden verurteilen, so muß es doch eigenartig anmuten, daß sich die Polen physisch als Schützer der Selbständigkeit Danzigs aufführen. Sie, die jeden Tag darauf hinarbeiten, den Freistaat vollkommen in ihre Gewalt zu trei- gen, haben am allerwenigsten Ursache, sich über diese Ausübung des Senators aufzuregen. Wenn er auch in seiner Amtsstellung sich einer solchen Propaganda unbedingt enthalten muß und wir seine Ansprache in keiner Weise billigen, so sollten doch auch die Polen endlich einsehen, daß der weitaus größte Teil der Bevölkerung Danzigs sein Streben auf Wiederanschluss an Deutschland nicht aufgeben wird. Der Senat muß aber in Zukunft trotzdem streng darauf halten, daß seine Mitglieder durch unangebrachte Demonstrationen nicht unnötigerweise die politische Entwicklung des Freistaates stören und fortlaufend neue Komplikationen schaffen.

Eine Stadtverordneten-Sitzung

findet am Dienstag, den 18. Juni, nachmittags 4 Uhr, im Rathause statt. Auf der Tagesordnung der öffentlichen Sitzung steht u. a.: Verwaltungsbericht des Schlach- und Viehhofes für 1914/19. Schreiben des Senats, betr. Fortführung der Verwaltung der Stadtgemeinde. Wahl von Beitrags- und Armenvorstehern und für verschiedene Vermittlungskommissionen. Entlastung verschiedener Jahresrechnungen. Erste und zweite Lesung des Haushaltspolanes der Sparasse der Stadt Danzig für 1922. Erhöhung der Kur- und Verpflegungskostensätze im städtischen Krankenhaus. Nachtrag zum Ortsstatut über die Reinigung öffentlicher Wege und Plätze und Bewilligung von Mitteln zur Be- schaffung von Reinigungsgeräten. Verpfändung des Ge- hölzes am Neugarter Tor. Antrag von Stadtverordneten betreffend das Waisenhaus Posenken. Anfrage von Stadtverordneten betreffend das Schülchenbrüder-Grundstück. Verleihung und Anträge des Petitions- (Eingaben-) Ausschusses. — Anschließend geheime Sitzung.

Schlussvorstellung der Freien Volksbühne.

Mag Halbe: Der Strom.

Es war ein würdiger Ausgang der ersten Spielzeit unserer Volksbühne. Mit dem großen Norwegers „Stilten der Gesellschaft“ hatte sie ihre Mission begonnen. Dieses Stück, das schmucklos die Fäulnis der bürgerlichen Gesellschaft aufdeckt, war die eine Programmseite. Die Kunst soll auch eine Fackel sein, die die Käufe erleuchtet. Aber sie darf nicht in einer Form und in einem Stiel erstarren. Deshalb hatte die Leitung der Volksbühne zum Ausgang der Spielzeit das „Strom“ gewählt, ein Drama, das die Liebe zur Heimat, zu unserer Heimat predigt.

Heimatkunst ist nicht immer reine Kunst: Häufig wird die innere Leere mit tödenden Heimatworten überdeckt. Über wir an der Mündung der Weichsel können uns glücklich preisen, daß unserer Heimat ein Mag Halbe entsproß, der ein wahrer Dichter ist.

Redakteur Brödersdorff wies einleitend in feinsinnigen Worten auf die Bedeutung des „Stroms“ hin und gab eine kurze Charakteristik des Stücks. Dann rauschte der Strom und das Schicksal der Menschen, die an ihm leben und von ihm hängen, vorüber. Ich glaube, noch kein Werk in dieser Spielzeit packte die Volksbühnengemeinde bis ins tiefste innere wie dieses.

Trotzdem die Besetzung der Rollen nicht ganz glücklich war. Am Anfang Deichhauptmann war mehr ein starrköpfiger Reserveoffizier als ein werderischer Bauerhöd. Für den Strombaumeister hätte Ferdinand Neupert, ein angenehmer Sprecher ist, in einer eindrucksvollen Stasse geben sollen. Prächtig war Lothar Bühring als der endgültige Brauseloy Jacob Doorn. Dora Ottenburgt anscheinend an einer leichten Indisposition. Ihre Rechte aber war eine hoheitsvolle, leidende und gütige Madonna. Ein kleines Kabinettstück lebenswahrer Darstellung ist Jenny von Weber als die alte Doorn. Die beste Leistung des Abends schuf Carl Bückel, als der alte Einhold Ulrich. Schon seine Maske war von verblüffender Beherrschtheit. Und seine Worte wie sein Spiel schufen

einen Alten, wie er in unserem Werder lebt und lebt. Die Spieldelitung hatte Herrmann Merg.

Noch ein Wort an einen Teil unseres Volksbühnenpublikums. Ein Drama ist kein Lustspiel, und wenn der Dichter in der ernsten Stimmung des Stücks auch einige heitere Lieder aufsteckt, so sollen sie aber das Publikum durchaus nicht zu dröhnen Lachsalven verursachen. Lautes Lachen ist in einem ernsten Stück nie angebracht. Dafür gibt es Lustspiele.

E. L.

Der Trompeter von Säckingen.

Danziger Stadttheater.

Das Geschäftstheater, also ein Unternehmen wie das untrügt, hat, zumal an schönen Sommerabenden, nur das eine Ziel, um jeden Preis das Haus zu füllen. Klüftlerische Prinzipien kommen in allerleichter Linie in Frage. Und so wenig man dagegen einwenden kann, wenn zu solchen Zeiten das sentimentale Studententstück „Altheidelberg“ steigt, wird auch gegen das Pendantstück mit Musik, „Der Trompeter von Säckingen“, ankommen können. Die Kalkulation der Theaterleitung mit dem schlechten Geschmack des Publikums ist richtig. Unsäglich selbst zu urteilen, nimmt es solchen Quark mit Hochgenuss hin und freut sich um so mehr, je dicker es kommt. Und das Theater war voll.

Diese Liebe mit Trompetenblasen hat mit Kunst auch nicht das mindeste zu tun, und selbst ein Mensch von nur leidlichem Geschmack hält das eben gerade eine Runde aus. Aber unsere Sänger können einem von Herzen leid tun, daß sie Kraft und ihre zum Teil schönen Mittel an eine solche Schartekette vertun müssen, und sie allein machen das Ganze extraktisch. Voran Reina Bachhaus, die fast mit jedem Male schöner singt. Auch Alice v. d. Binden, Ernst Claus, Friedrich Schröder Mich, Ludwig und Georg Harder sangen sich opferfreudig oder gern durch diese Musik hindurch, die Kapellmeister Walter so behandelte, wie sie es verdient: als Iriischen Leierkasten. Und Julius Brischke klebt bunte Bilderbogen, an denen die Kindlein ihre Freude haben können.

W. D.

Wachtubenhäusern-Gehaltsnisse.

Bu den immer wieder auslaugenden Beschwerden über rigorose Verhandlung bestellter auf den Polizei-Wachtubenhäusern eine dieser Tage vor dem Schöffengericht stattgefundene Verhandlung einen neuen Fall. Ein Handlungsschluß war wegen Widerstand gegen die Staatsgewalt angeklagt. Er war etwas angebrungen und wurde auf der Straße festgestellt und nach der Polizeiwache gebracht. Hier sprach er bei seiner Vernehmung dazwischen und ein Oberwachtmeister erhielt den Auftrag, den festgenommenen in ein leeres Zimmer zu führen, was denn auch geschah. Über den Vorgang im Zimmer gehen die Angaben des Angeklagten und des Polizeibeamten auseinander. Der Angeklagte erklärt, er habe den Beamten in dem Zimmer gefragt, was soll ich denn hier? Darauf habe der Beamte gesagt: Das werde ich Dir gleich zeigen und ihm einige Schläge mit der Faust gegeben. Der Polizeibeamte behauptete als Zeuge, der Angeklagte habe in dem Zimmer gesagt: Was soll ich hier? Lassen Sie mich los. Und dann habe der Angeklagte auf den Beamten losgeschlagen! Beide erklärten, sie wären angegriffen worden und hätten sich dann nur zur Wehr gesetzt. Das Gericht glaubte der ehrlichen Aussage des Beamten und erkannte auf 300 Mark Geldstrafe. Die Verteilung erscheinen nach den gegenseitigen Aussagen zum mindesten recht eigenartig. Nach den bisher gesammelten Erfahrungen muß man annehmen, daß es sich auch in diesem Falle leider um einen Zusammenstoß handelt, der sich bei ruhiger Zurückhaltung, die man besonders von den Schuhbeamten verlangen muß, hätte vermeiden lassen. Die Polizeibeamten sollten in ihrem eigenen Interesse darauf sehen, ihren Beruf mit dem Publikum möglichst reibungslos abzuwickeln. Die Elemente aber, die glauben, bei jeder Gelegenheit ihre rohen Kräfte spielen lassen zu müssen, sollten endlich rücksichtslos aus dem Polizeikörper entfernt werden. Auf der Wache befinden sich meistens genug Beamte, um mit zufall werdenden Schlägern in Ruhe fertig zu werden. Das rohe Gewalten selbst bei sogenannten Angriffen, muß endlich einmal aufhören.

Die Aushebung des Schafwagenverkehrs zwischen Danzig und Berlin soll, wie mitgeteilt wird, von der polnischen Eisenbahnverwaltung beabsichtigt sein. Die Handelskammer hat sich in einer Eingabe an den Danziger Delegierten bei der polnischen Eisenbahnverwaltung gegen die Einstellung des Schafwagenverkehrs gewandt. In der Eingabe wird darauf hingewiesen, daß die Einstellung des Schafwagenverkehrs eine schwere Bedrohung der Danziger wirtschaftlichen Interessen darstellt, für die auch nicht der geringste Grund vorliegen dürfte. Die Schafwagen sind gut besetzt und insgesamt dürfen Rentabilitätsgründe seitens der Eisenbahn nicht vorliegen. Die Handelskammer hält es im wirtschaftlichen Interesse für unabdinglich notwendig, daß der Schafwagenverkehr zwischen derartig wichtigen wirtschaftlichen Verkehrscentren, wie Danzig und Berlin, unbedingt aufrecht erhalten bleibt. Die Fortsetzung des Schafwagenverkehrs liege auch im Interesse der polnischen wirtschaftlichen Kreise.

Als Armenkommissionsvorster wurden der Stadtverordnetenversammlung vorgeschlagen: Apotheker Alfred Lehner, Schlüsselstrasse 68, Drogeriebesitzer Bruno Fasel, Innenstrasse 12, Frau Johanna Hornell, Langfuhr, Hauptstrasse 44. Zu Armenpfleger werden vorgeschlagen: Kaufmann Albert Gras, Laternestrasse 1, Lehrer Paul Templin, Innenstrasse 2, Schuhmachermeister Franz Grittmann, Schlüsselstrasse 50, Frau Ida Neumann, Schlüsselstrasse 18, Frau Marie Andres, Schlüsselstrasse 36. Zur Wahl als Bezirksvorsteher werden dem Senat empfohlen: Kaufmann Fritz Werner, Am Leegel 14, Tapetzermeister Anton Huse, Fleischergasse 77, Rektor Robert Makowski, Langfuhr, Mirchauerweg 107.

Schulvorstandswahlen. Zu Mitgliedern des Schulvorstandes der Bezirksschulabteilung werden der Stadtverordnetenversammlung vorgeschlagen: der Kutscher Paul Alsfanger, Mittergasse 21, und Polizeibetriebsassistent Albert Marx, Schild 9. Als Mitglied des Schulvorstandes der Bezirksschule Weichselin und wird der Schiffsmeister John Schack, Festungstrasse 49, vorgeschlagen.

An Erwerbslosenunterstützung. wurden in der Woche vom 28. Mai bis 3. Juni in der Stadtgemeinde Danzig einschl. der Gemeinden Ohra und Gmank 49 758,13 Mark an 371 Personen gezahlt, gegenüber 49 574,68 Mark an 410 Personen in der Vorwoche.

Feuer auf der Schichauwerft. Aus bisher unbekannter Ursache entstand gestern abend gegen 7 Uhr auf der Schichauwerft im Kupferschacht der sogenannten neuen Kupferschmiede Feuer. Die Hauptfeuerwache rückte mit zwei Löschzügen nach der Brandstelle aus. Der Schacht wurde vollkommen zerstört. Die Feuerwehr beschränkte ihre Tätigkeit in erster Linie darauf, ein Umschlagreisen des Feuers zu verhindern. Nach etwa einstündiger Tätigkeit konnte ein Zug der Feuerwehr wieder abrücken. Der zweite Zug blieb als Feuerwache zurück. Der Betrieb der Werft erleidet keine Störung.

Festgenommener Kirchendieb. Am Mittwoch wurde ein entwichener Strafgefangener Wilhelm Zoje von Beamten der Schuhpolizei festgenommen. E. L., der in Neugard eine Gefängnisstrafe zu verbüßen hat, war zu Arbeitszwecken auf das Gut Hindenburg bei Hollnow geschickt worden. Hier entwich er und trieb sich bettelnd in Pommern und Pommereien umher. In Pommereien verübte er einen Kirchendiebstahl, bei welchem ihm 1 Teppich, 1 Altardecke, 2 Zimbleuchter, 2 Messingleuchter, 1 Fahnen spitze aus Zinn und Teile von Nippelkronen im Gesamtwerte von 50 000 Mark in die Hände fielen. Seine Festnahme erfolgte in dem Augenblick, als er sich anschickte, die gestohlenen Gegenstände zu veräußern.

Standesamt vom 9. Juni 1922.

Todesfälle. Rentier Hermann Gutz, 79 J. 5 Mon. — Frau Maria Salawski geb. Reichensperger, 33 J. 10 Mon. — Kriegsinvaliden David Wolf, 35 J. 6 Mon. — Frau Bertha Biegant geb. Grabowski, 29 J. — Arbeiter Otto Kratzke, 22 J. 8 Mon. — Unehel. 1 S.

Schleppdampfer „Weichsel“ verunglückt.

Der Maschinist ertrunken.

Gestern morgen 8 Uhr geriet der Schleppdampfer „Weichsel“ beim Einholen des Tampfers „Pelonka“, der von Elbau mit Passagieren und Gütern kam, vor den Augen des Tampfers und wurde seitwärts geworfen. Schornstein und Mast der „Weichsel“ lagen fast auf der Oberfläche des Wassers. Das Schiff lag voll Wasser. Als die Maschine der „Pelonka“ rückwärts arbeitete, rückte sie die „Weichsel“ wieder auf, sank jedoch sofort. Von der schwimmenden Besatzung sprangen vier Männer ins Wasser und wurden von dem Dampfschiff „Habicht“ gerettet. Ein Schiffsbrüder kamerte sich an die Schleppirosse der „Weichsel“ und kehrte an Bord. Der Maschinist der „Weichsel“, Ferdinand Hamm, Krausebühnengasse 1, verlor leider bei dem Unglück sein Leben. Er konnte nicht rechtzeitig an Deck kommen und ist mit dem Schlepper untergegangen. Das verunglückte Schiff liegt etwa 500 bis 600 Meter südlich der Habschichtonne, Schornstein und Mast ragten aus dem Wasser. Der Schlepper soll wieder gehoben werden. Der verunglückte Maschinist hinterlässt Frau und Kinder.

Polizeibericht vom 9. Juni 1922. Festgenommen 25 Personen, darunter 10 wegen Diebstahls, 2 wegen Verdachtes des Strafverbandes, 1 wegen großen Unfalls, 2 zur Festnahme aufzugeben, 8 in Polizeihaft, 2 obdachlose Personen. — Wiss.

Amtliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung.

30. März 1922

Nach den Ortszählungen vom 28. März 1922 sind die im Gemeindebezirk Danzig in Handel und Gewerbe beschäftigten männlichen und weiblichen Personen unter 18 Jahren verpflichtet, die Städtische Handwerker- und Fortbildungsschule an den vom Senat festgelegten Tagen und Stunden zu besuchen. Es handelt sich nicht nur um gewerbliche und kaufmännische Lehrlinge beiderlei Geschlechts, sondern auch um Lauf- und Arbeitsbüchsen, um Hausdiener und Pagen, die im Gewerbebetrieb tätig sind, um Arbeits- und Laufmädchen, Fabrikarbeiterinnen, Verkäuferinnen, Kontoristinnen, Gehilfinnen und Gehilfen.

Die Pflicht zum Besuch besteht auch bei Annahme auf Probe, Aushilfe und ferner für die Zeit der Arbeitslosigkeit. Das frühere Zeugnis vom Einjährigfreiwilligen-Militärdienst befreit nicht vom Schulbesuch, auch nicht die etwaige Tatsache, daß der gewerbliche Arbeiter (Arbeiterin) noch nicht 14 Jahre alt ist oder zum Konfirmandenunterricht geht.

Die Arbeitgeber haben jede von ihnen beschäftigte Fortbildungsschulpflichtige Person spätestens innerhalb einer Woche nach Annahme zum Eintritt in die Schule anzumelden. Zu widerhandlungen werden nach § 150 Bifur 4 der Reichsgesetzeordnung mit Geldstrafe bis zu 20 Mark oder im Untergangshalle mit Haft bis zu 3 Tagen für jeden Fall bestraft. Anmeldungen werden an den Werktagen vormittags von 9-11 Uhr und nachmittags von 4-7 Uhr im Geschäftszimmer der Schule. An der großen Mühle 11/12, entgegengekommen. Sie erfolgen am besten schriftlich unter Benutzung der Vordrucke, die unentgeltlich in der Geschäftsstelle verabfolgt werden; hier kann auch der Stundenplan eingesehen werden; er wird außerdem den Arbeitgebern durch Zustellung der Aufnahmekarte für jeden Schüler mitgeteilt.

Danzig, im Mai 1922.

Der Senat. (6746)

Verwaltung der Stadtgemeinde Danzig.

Stadttheater Danzig.

Direktion: Rudolf Schäfer.

Heute, Freitag, den 9. Juni, abends 7 Uhr:

Dauerkarten D 2.

Gästspiel Willi Hartmann vom Stadttheater in Greifswald:

Das Dreimäderlhaus

Singspiel in 3 Akten von Dr. A. M. Willner und Heinz Reichert. Musik von Franz Schubert. In Szene gesetzt von Erich Sternitz. Musikalische Leitung: Ludwig Schießl. Inviert: Emil Werner. Personen wie bekannt. Ende gegen 10 Uhr. Sonnabend, abends 7 Uhr. Dauerkarten E 2. „Die Mütter.“ Schauspiel in 4 Aufzügen.

Wilhelm-Theater

Langgarten 31.

Heute, Freitag, den 9. Juni, Anfang 8 Uhr

Prinzessin Olala

Operette in 3 Akten. Musik von Jean Gilbert.

Morgen, Sonnabend, den 10. Juni: Zum letzten Male:

„Prinzessin Olala“

Sonntag, den 11. Juni: Zum ersten Male:

„Schäm dich Lotte“

Vorverkauf im Warenhaus Gebr. Freymann, Käfermarkt, von 10 bis 4 Uhr täglich und Sonntag von 11 bis 1 Uhr an der Theatertasse. — 6627

„Libelle“

Musik, Gesang, Tanz.

Den: 2 Schlüssel am Schlüssel, 1 Paar Manschettenknöpfe, abgeholt aus dem Kundsbureau des Polizeipräsidiums, gold. Trauring, ges. M. 3. und Datum, abgeholt von Dr. W. Wachtmüller, Streitite, 4. Kundenschild der Choco. — Verloren: Schwarze Handtasche, enthaltend 2 Portemonnaies mit Geld usw. für Lehrerin Martha Wroth, gold, altertümliche Damenuhr mit blauen Minuten verloren, abgeholt im Kundsbureau des Polizeipräsidiums.

Sport und Körperpflege.

Deutschnationale Feier.

Zu dem ersten Bundesfest des Deutschen Arbeiter-Turn- und Sportbundes in Leipzig haben eine große Anzahl ausländischer Arbeitersportler ihre Teilnahme angekündigt. So kommen diese in größerer Anzahl aus Frankreich, Belgien, Italien, der Schweiz, aus den Nordländern, und ganz besonders aus der Tschecho-Slowakei. Sie alle wollen den Gedanken der Völkerfreundschaft und Völkerbrüderlichkeit in die Tat umsetzen, und die deutschen Arbeitersportler wollen ihren ausländischen Brüdern beweisen, daß sie uns liebe Gäste sind. Die deutschnationale „Leipziger Abendpost“ heißt nun die Leipziger Bevölkerung in gütiger Weise gegen die Ausländer auf und fordert, daß ihnen Gastfreundschaft und Unterhaltung verweigert wird. Die Leipziger Arbeiterschaft wird nun erst recht dafür sorgen, daß die ausländischen Arbeiter ein gutes Gedanken an Leipzig mit in ihre Heimat nehmen.

BORG



ein Qualitätstag

Wetterstandsnachrichten am 9. Juni 1922.

Zwischen	7. 6.	8. 6.	Aufzgebach	7. 61	56
Zwischen	7. 6.	8. 6.	Montauerspilde	7. 07	0,04
Worshau	7. 6.	8. 6.	Diekhol	7. 16	0,14
	6. 6.	7. 6.	Dirschau	7. 04	0,08
	6. 6.	7. 6.	Glazow	7. 28	2,24
	6. 6.	7. 6.	Schlewenhorst	7. 36	2,48
	8. 6.	9. 6.	Hrogat		
	0,27	0,25	Schönau O. P.	6,65	6,64
	0,14	0,12	Walzenberg O. P.	4,46	4,46
	0,05	0,01	Neuhorsterbusch	2,02	2,02
	0,22	0,17	Amwach	1,22	

Berantwortlich für Politik Ernst Soops, für Danziger Nachrichten und den übrigen Teil Freih. Weller, beide in Danzig; für Inserate Bruno Grotz in Oliva. — Druck von J. Gehl u. Co., Danzig.

Odeon

Dominikanwall

Eden

Holzmarkt

Der vollständig neue Spielplan!!!

Fortsetzung des großen Sittentheaters

Das Kind der Straße

II. und letzter Teil.

Ein Spiegelbild menschlicher Entgleisungen in 6 lebenswahren Akten.

In den Hauptrollen: EDITH POSCA Margaretha Kupfer - Leonhard Haskel

Ein Sittengemälde, kühn im Aufbau, voll Spannung mit Tendenzen der Gegenwart, Szenen, in denen Leidenschaft auf Leidenschaft prallt.

Ferner: Die Flucht des Patrick Power!

Detectiv-Drama in 5 Akten.

Hauptdarsteller: Oskar Delmor Irene Marga, Ludwig Körner

Wir bitten möglichst um den Besuch der 4 Uhr-Nachmittagsvorstellungen.



Vom 9. bis 15. Juni:

Das Drama von Belgrad „Königin Draga“

Der Roman einer Königin.

Ferner:

Das Geheimnis der 7 Ringe

Sensations-Abenteuerfilm mit Sylvester Schäffer

Heinrich Heine

Ein Lebens- und Zeitbild von Hermann Wendel

Preis 15 Mark

Buchhandl. Volkswacht

Am Spindhaus 6 und Paradiesgasse 32.

Sommer-Varieté

Wintergarten

Am Olivaer Tor Nr. 10.

Dir.: Frau E. v. Stamaty. Tel. 1925. Kapellmeir.: Hans Eichhorn. Anfang 8 Uhr.

Das Schlager-Programm!! 10 erstklassige Attraktionen!! Preise der Plätze von 5 Mk. an.

Gastspiel Henrik Gautier der beliebte schwedische Schauspieler auf seinem Vollblut „Admiral“ aus dem Oeser des Grafen Battany.

Zielzdorf Ulpti Das Unikum.

4 Eltners, eleganter akrob. Drahtseil-Akt v. Wintergarten Berlin.

Regia, das musikalische Wunder.

Ab 10 Uhr in dem neu eröffneten japanischen Saal

Kabarett-Vorstellung mit neu eingetroffenen Kunsträubern u. dem beliebten Rudi Ziegler

Jazz-Band-Trio: Eichhorn, Petersburski, Müller

Likörstube — Warme Küche — Diele. (6745)

Beginn der Rennen 2 1/2 Uhr 8 Ehrenpreise, 106 Nennungen

Danziger Reiter-Verein.

6736



Das Weib des Pharaos

Ein Drama in 6 großen Akten

Hauptdarsteller die hervorragendsten und beliebtesten Schauspieler der Filmkunst:

Harry Liedtke — Emil Jannings

Bagny Servases — Paul Wegener

Lyda Salmonova — Bib. Bassermann

Eines der prächtigsten Filmwerke dieses Jahres. Reich illustrierte Broschüren sind an der Tageskasse u. bei den Platzanweiserinnen erhältlich.

Großes Orchester 20 Mann Besetzung

unter Leitung d. Kapellmeisters Arthur Camper

Musik von Eduard Künneke

Vorverkauf täglich vorm. von 11 bis 1 Uhr

Vorführung 4-6-8 Uhr

Genosse sucht freundlich möbliertes

Zimmer bei gleichgesinntem, älterem Ehepaar möglichst zum

15. Juni. Öffert. unter F. E. an die Eped. d. Ztg.

Hüte

für Damen und Herren

werden in unserer hiesigen Fabrik nach neuesten Formen bei sorgfältigster Ausführung in

kürzester Zeit

umgepreßt, gewaschen und gefärbt.

Stroh- und Filzhut-Fabrik

Hut-Bazar zum Strauß

Annahmestelle

bur Lewendelgasse Nr. 6-7.

(gegenüber der Markthalle). KfW

Waschfisch

mit Marmorplatte zu ver-

kaufen. Zalnowski,

Breitgasse 43.

Ein Paar hohe

Damenstiefel

zu verkaufen. Hühner,

Jopengasse 6, 2 Tr. r.

Grammophon

mit Platten